

Auf dem Weg
zum Vielvölkerstaat?

Euro-Visionen

Ansgar Oswald

Geld regiert die Welt. So abgelutscht der Spruch klingt, so sehr bewahrheitet er sich täglich immer wieder aufs Neue. Zuletzt Anfang des Jahres, als sich vom finnischen Lappland bis an die Algarve in zwölf Staaten der Europäischen Union der Euro in sieben Banknoten und acht Münzen in zwölf sich voneinander unterschiedlichen nationalen Prägungen in Geld- und Fahrscheinautomaten, Kassen und schließlich in die Portemonnaies der Bürger drängte. Seit dem 1. Januar 2002 ist in den Staaten der Europäischen Union nichts mehr so, wie es vorher war. Denn der Euro ist ein Instrument der wirtschaftlichen Selbstbehauptung der vorrangig wirtschaftlich konföderierten Europastaaten im Kampf um einen Platz an der Sonne auf dem internationalen Markt. Dass die eingeführte Einheitswährung etwas mit der künftigen Rolle Europas auf dem Weltmarkt, ja sogar mit dessen eigenständigem wirtschaftlichen Überleben zu tun hat, ist eine kaum bestreitbare Tatsache.

Mehr als der 11. September hat der schnöde Mammon die Welt verändert. Jede These, die darauf beharrt, dass mit dem Anschlag auf das World Trade Center eine Zeitenwende eingesetzt habe, ist reine Suggestion. Daran ändert auch nichts, dass die europäischen Staaten und insbesondere die Medien sich in den ersten Wochen nach dem Anschlag bis zum Beginn des Krieges in Afghanistan überwiegend und zuweilen blindlings von dieser Einstellung haben leiten lassen. Das neue Geld hat den Alltag bis hinein in

das Wohnzimmer des viel zitierten kleinen Mannes in der Wahrnehmung mehr beeinflusst als alles andere. Und der Euro wird es in absehbarer Zeit auch noch spürbar ökonomisch tun.

Letzteres ist spätestens seit dem 1. März so, da auch dem letzten von rund 300 Millionen Unionseuropäern klar wird, dass Franc, Lira, Peseta und die ach so unersetzliche D-Mark als Ausdruck nationaler Identität unwiderruflich verschwunden sind. Dazu verurteilt, hinfert ihr Dasein allenfalls im historischen Gedächtnis zu fristen und darin bestenfalls nur noch als Sammlerstücke bare Münze wert sind oder einfach nur als nette Erinnerung für private Nostalgienstunden auf der Wohnzimmercouch etwas taugen.

Und nirgendwo wurde dieses Erinnern zur Jahreswende mehr zelebriert als in den Medien selbst. Die *tageszeitung* (taz) hatte in einer Sonderausgabe zu Silvester unter der Überschrift „Asche zu Asche – Die Deutsche Mark: *20. Juni 1948 + 31. Dezember 2001“ und dem Konterfei Clara Schumanns vom Hundertmarkschein mit einer als Titelseite gestalteten Todesanzeige die alte Währung verabschiedet. Dabei war bis zur Einführung der ersten Schnupperbeutelchen des neuen Geldes Mitte Dezember noch alles anders. Eben ganz so, wie es Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt in *Die Zeit* schrieb: „Ziemlich lange waren viele deutsche Zeitgenossen gegen den Euro, aufgeputscht von einigen oberflächlichen Politikern, Professoren und Journalisten“ – um dann in einem zweiten Satz festzu-

stellen: „In diesen Tagen wendet sich die Stimmung.“ Treffender als in diesen zwei lakonischen Sätzen Schmidts – seit 1983 Mitherausgeber der Wochenzeitung *Die Zeit* –, der 1979 zusammen mit dem französischen Staatspräsidenten Valéry Giscard d'Estaing im Europäischen Währungssystem einen entscheidenden Meilenstein auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion setzte, lässt sich der plötzliche Gesinnungswandel der Medien seit dem 17. Dezember 2001 kaum beschreiben.

Gesinnungswandel der Medien

Plötzlich wollen auch jene, die zuvor klug und demokratisch unabdingbar über den Wert einer europäischen Einheitswährung philosophiert, geschrieben und nachgedacht haben, (fast) nichts mehr von jener zuvor noch kultivierten Skepsis wissen. Ein derart beschleunigter Sinneswandel wirkt verordnet, geradezu erschreckend angepasst und ist darum das Eigentliche, was befremdet und daher nachdenklich stimmen muss. Ausnahmen bestätigen die Regel. Eine dieser Ausnahmen war die *Financial Times Deutschland*.

Der klägliche Rest einer publizistischen Resistance gegenüber dem neuen Geld reduzierte sich gegen Ende vorigen Jahres ansonsten allenthalben aufs Kulturelle. Etwa in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*, die in einem Beitrag über die sprachkulturellen Folgen der Einführung des europäischen Geldes spekulierte: „'Wer den Pfennig nicht ehrt, ist des Talers nicht wert' wird ebenfalls seinen moralischen Anspruch behalten wie der Appell, auf 'Mark und Pfennig' zu achten, die 'Mark dreimal umzudrehen' und mit 'jedem Pfennig zu rechnen'“, heißt es da trotzig. Dass derart feuilletonistische Erörterungen ausgerechnet noch im Wirtschaftsteil gewogen werden, ist wie das gesamte Verhalten der Medien ein Stück Realsatire.

„Europa steht Schlange für das neue Geld“, konstatierte die *Financial Times Deutschland*, der die „erfolgreiche Einführung des Euro-Bargelds“ am 2. Januar gleich neun Sonderseiten wert war. Ausblicke und Rückblicke hatten die Bedenken verdrängt. Medien und Politik waren wieder einmal eins. In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* durfte Alt-Bundeskanzler Helmut Kohl als einer der maßgeblichen Architekten des Maastrichter Vertrages vor zehn Jahren den Mantel der Geschichte aus dem Schrank holen, während die *Süddeutsche Zeitung* die Neujahrsansprache von Bundeskanzler Gerhard Schröder in Druckerschwärze verewigte.

Den pathetisch durch die Zeitungen wehenden Mantel der Geschichte ergriff mit Bundeskanzler Schröder auch Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber, um ein goldenes Zeitalter zu beschwören. Ja, die Jahreswende war die Stunde der währungspolitischen Damaskusstunden. Und aus den Bekehrten wurden Heilspropheten.

Utopistisches Pathos

„Aber Sie können sicher sein: Noch bessere Zeiten stehen bevor“, verkündete Bundeskanzler Gerhard Schröder in seiner Neujahrsrede rückblickend auf die Ära der D-Mark und vorausblickend auf die der europäischen Einheitswährung den Bürgern mit utopistischem Pathos. Das Hamburger Magazin *Der Spiegel* ließ sich in dieser Euphorie in seiner Erstausgabe des neuen Jahres zu einem Titelmotiv hinreißen, das eine Euro-Münze als am Horizont einer Landschaft aufsteigende Sonne zeigt. Das Motiv war dem Repertoire der Genrebilder aus nationalsozialistischen oder auch sozialistischen Propagandastätten nicht unähnlich.

„Ein hartes Stück Europa“ titelte *Die Zeit* anlässlich der Einführung der Gemeinschaftswährung. Angesichts einschlägiger historischer Erfahrungen mit

dem Geld gerade von uns Deutschen und ebenso einschlägig bekannter politischer Eruptionen sind solche Behauptungen leichtfertig. Ein gefährlicher Missgriff, der auch mit der Absicht, beruhigen zu wollen, dass einer starken Mark ein starker Euro folge, keine mildernden Umstände verdient. Allenthalben bestätigt der kurzatmige Blick vieler deutscher Medien die Kritik des Publizisten Klaus Harpprecht beim 6. Mainzer Mediendisput im November vorigen Jahres. „Hysterische Medien in einer Schwätzergesellschaft“, titelte die *Frankfurter Rundschau* den Abdruck der Analyse. Zu beiden gesellen sich dann eben solche Politiker. Unterm Strich heißt das: So viel Europa wie zum Jahreswechsel war schon lange nicht mehr. Beinahe zwanghaft wirkten diese sich selbst überbietende Werbung und die herbeizitierte Euphorie um das neue Geld. Denn bis zum Auftritt der Starter-Kits waren über Europa andere Töne zu vernehmen, und zwar unabhängig vom Parteibuch. Herbe und kritische etwa über all die zumindest an den geweckten Erwartungen gemessenen fruchtlosen Gipfel in Dingen europäischer Politik.

Wolfgang Schäuble hatte vor einem Jahr angesichts des wachsenden Unmuts der Bürger über Europa im Schatten des desaströsen Gipfels von Nizza in einem Essay im *Tagesspiegel* angeregt, „noch einmal nachzudenken. Vielleicht“, so das CDU-Präsidiumsmitglied, „versteht man Europa besser, wenn man nicht gleich an Brüssel denkt, sondern an die neuen Sorgen und Hoffnungen seiner Bürger.“ Und Helmut Schmidt rief angesichts der „drei aufwendigen ‚Regierungskonferenzen‘ (Maastricht, Amsterdam, Nizza)“, auf denen „drei Vertragswerke erarbeitet“ wurden, die so „unübersichtlich und im Ergebnis unverständlich“ seien, „sodass man einen Lotsen braucht, um hindurchzufinden“, in *Die Zeit* den europapolitischen Notstand aus: „Lasst den Worten

endlich Taten folgen!“, schrieb er und programmierte gleich noch den politischen Navigator dafür: „Europa braucht keine Verfassungsdebatte.“ „Stattdessen sind konkrete Reformen nötig. Ohne sie zerbricht die Union“, reagierte er auf den Vorstoß von Bundesaußenminister Joschka Fischer im Frühjahr 2000 zu Gunsten eines Verfassungsvertrages. Gegen eine Verfassung spräche nach Ansicht des sozialdemokratischen Ex-Kanzlers allein schon, dass sie in den Nationen kaum Chancen hätte, ratifiziert zu werden, „schon gar nicht dort, wo dafür eine Volksabstimmung nötig ist. Schon der Versuch würde eine Existenzkrise der EU auslösen, er könnte England, Schweden und Dänemark zum Ausscheiden aus der EU bewegen.“ Das ist grotesk. Denn bei der Einführung des Euros haben diese Bedenken keine Rolle gespielt. Und eben diese drei genannten Länder sind auch nicht beteiligt. Der Euro spaltet seitdem die Europäische Union in die absurde Realität eines Eurolandes. Der Citoyen wurde in den meisten Ländern der Europäischen Union überhaupt nicht gefragt, ob er denn auf seine traditionelle Nationalwährung verzichten möchte oder nicht. Wo ein Plebiszit vorgesehen ist, wurde das europäische Geld zunächst nicht eingeführt. Für den ungefragten politisch selbstbewussten Bürger ist die Wirtschafts- und Währungsunion in einem wesentlichen symbolischen Schritt, der seine private Ökonomie beeinflusst, somit im Bewusstsein als eine Entscheidung der Parteiaristokratie haften geblieben. Insgesamt keine gute mentale Voraussetzung für ein Element, das mehr als alles andere einen so großen europäischen Identifikationswert für sich beansprucht.

Europa zum Anfassen

Es ist darum auch ein Irrtum und ein falscher Trost, in dem Andrang auf die Beutelchen mit den ersten neuen Münzen oder auf die ersten Banknoten in

der Silvesternacht einen Stimmungsumschwung zu Gunsten der neuen Währung sehen zu wollen. Nein, die Umfragen zur Euro-Skepsis sprechen eine andere Sprache. *Die Frankfurter Allgemeine Zeitung* kommt der Wirklichkeit am nächsten: „Es ist ganz gesunder Pragmatismus, endlich einmal in der Hand halten zu können, worüber seit zehn Jahren gesprochen wird, was seit drei Jahren gültige Währung ist und womit man in vierzehn Tagen bezahlen muss“, war dort am 20. Dezember 2001 zu lesen. Es war diese Sehnsucht, erstmals Europa buchstäblich anfassen zu können, die erste sinnenhafte Erfahrung mit einem Gebilde zu machen, das abgesehen vom freien Grenzverkehr sich dem gemeinen Mann emotional bisher entzogen hat. Europa war und ist für die meisten Bürger nur ein Schattenbegriff, der mit Bürokratismus, Subventionswirtschaft und Steuerergeldverschwendung negative Assoziationen auslöst und deswegen politisch als völlig unsexy gilt. Um Brüssel und Straßburg schert sich niemand, der nicht unbedingt muss.

Die Europaerfahrung einer grenzenlosen Reiselust der Menschen zwischen Lissabon und Helsinki ist als privates Erlebnis völlig von einer wie auch immer formulierten politischen Idee entkoppelt. Die pathetischen Appelle der Politiker, doch daran zu denken, dass dies alles ohne ein erst als Gemeinschaft, jetzt als Union politisch zusammengewachsenes Europa undenkbar wäre, wirkt wenig überzeugend.

Umso gewichtiger ist das neue Geld. Es ist nicht nur das erste Element kollektiver Europaerfahrung, die sich für jeden Einzelnen in der täglichen Antwort auf die Frage „What's in it for me?“ offenbart. Abenteuerliche Preissteigerungen, Inflationsschub, die schlichte Erfahrung, dass der Euro buchstäblich zwischen den Händen zerrinnt, sind da keine guten Botschaften. Angesichts der allein schon vom Namen her dem Geld innewohnenden

Symbolkraft hängt viel für die europäische Grundstimmung der Bevölkerung von der Erfahrung mit der Einheitswährung ab. Das legt auch die Bildersprache der neuen Währung nahe.

Die Banknoten artikulieren mit den Brücken, den Architekturen aus sieben Stilepochen von der Klassik bis zur Moderne des ausgehenden 20. Jahrhunderts, der Flagge der Europäischen Union und der stilisierten Europakarte in einer viestimmigen Bildersprache alles, was dieses politische Europa für seine Identifikation beansprucht. Auffällig ist, dass weder die islamische noch die orthodoxe Stilkultur sich irgendwo niederschlägt. Und die national unterschiedlich geprägten Münzen machen klar, dass eine politische Konstruktion niemals die Nationalstaaten wird nivellieren können.

Aber der Euro negiert Grenzen und wird durch den wegfallenden Umtausch spätestens mit den ersten Urlauberkarawanen für ein neues europäisches Raum Erlebnis sorgen. Die nationale Zugehörigkeit der Landstriche wird relativiert, denn mit dem Geld wird die Dynamik der Wirtschaft auch wieder zu jener unverkrampften ethnischen Durchmischung dieser Regionen führen, die erst der Nationalismus des 19. Jahrhunderts mit seinem pubertären Begehren, Staatsräume wie ein Jugendlicher sein Zimmer nach außen hin gegenüber jedem anderen Einfluss abzuschotten, abgeschafft hat. Das Geld vereint die Völker und erlaubt dennoch zu erkennen, aus welchem Holz ein jedes geschnitzt ist.

Universalismus des Heiligen Römischen Reiches

Dieses neue Europa wäre ein Rückgriff, aber zugleich eine Weiterentwicklung jenes Gebildes im Mittelalter, das unter dem universellen Namen *Heiliges Römisches Reich* als Vielvölkerstaat existierte, bis es nach dem Dreißigjährigen Krieg langsam, aber sicher begann, im national

angehauchten dynastischen Staatspartikularismus zu verfallen, und sich mit dem kleindeutschen Reich unter preußischer Führung nach 1815 schrittweise endgültig selbst abschaffte.

Besonders die Deutschen, die als verspätete Nation zugleich mit der Blickverengung auf das Eigene nur katastrophale Erfahrungen gemacht haben, führt der Euro ein gutes Stück wieder zu jenem ihnen eher vertrauten Universalismus eines Reiches zurück, in dem sie als eine tonangebende *natio* eines Verbandes von *nationes* (Völkern) die besten Erfahrungen gemacht haben. Denn von den Statuten der Europäischen Zentralbank bis zu den Konvergenzkriterien des im Maastrichter Vertrag festgelegten Zeitplans zur Wirtschafts- und Währungsunion trägt der Euro eine deutsche Handschrift. Kurzum: „Das gesamte Regelwerk der Währungsunion atmet deutschen Geist“, bringt es die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* auf den Punkt.

Und die Lust der Deutschen auf Europa ist ja kein Nachkriegsphänomen. Bereits Friedrich Nietzsche hatte formuliert: „Über all diese nationalen Kriege, neuen Reiche und was sonst im Vordergrund steht, sehe ich hinweg. Was mich angeht – denn ich sehe es langsam und zögernd sich vorbereiten –, das ist das Eine Europa.“ Das war in einer Zeit, als sich die zumindest großen Nationalstaaten als europäischer Mikrokosmos empfanden, geradezu ein Sakrileg. Aber es bestätigt diese beschriebene deutsche Not der Enge im mit Blut und Eisen damals gerade erst frisch erkämpften wilhelminischen Kaiserreich von 1871.

Der Nationalsozialismus versuchte diese nationale Klaustrophobie im arischen Rassenmythos unter der Parole „Volk ohne Raum“ durch die Enthemmung aller zivilisatorischen Kräfte zu durchbrechen, sodass der Historiker Rudolf Walter Leonhardt feststellt: „Tat-

sächlich war die Europa-Begeisterung der jungen Deutschen 1936 nicht geringer als 1946.“ Aber zugleich meint Leonhardt, der zu den großen Essayisten der sechziger Jahre gehört, in seinem *X-mal Deutschland*: „Gewiß hätte Hitlers ‚Europa‘ anderen Europäern wenig Vergnügen gemacht; aber es war nicht Hitlers Europa, von dem die Hitlerjugend träumte.“

Gerade für die Angelsachsen ist darum dieses Europa immer wieder Anlass, über die Großmannssucht der Deutschen zu fantasieren. Zuletzt entlud sich diese Paranoia in dem brillant geschriebenen Politthriller *Fatherland* des britischen Journalisten Robert Harris. Die Handlung spielt in einem Deutschland, das 1964 als Kriegsgewinnler die Europäische Gemeinschaft dominiert. Das von Albert Speer umgebaute Berlin ist die Schaltzentrale dieses Europas, und auf dem Brandenburger Tor weht die Europafahne mit einem von Sternen eingefassten NS-Adler auf rotem Untergrund. Der 1992 veröffentlichte Roman wurde ein Bestseller.

Die Wirklichkeit ist eine andere. Die Antriebskraft für das politische Europa ist die Wirtschafts- und Währungsunion. Das ist nicht neu, denn die Dynamik der Wirtschaft verträgt keine Grenzen. Die Kirche als Wirtschaftseinheit, die Klosterverbände des Mittelalters, die Städtebünde, namentlich die Hanse und nicht zuletzt die ersten großen international agierenden Kaufmannsgeschlechter wie die Fugger oder Welser bestätigen, was William Shakespeare in den Satz kleidete: „...if money go before, all ways do lie open.“

Aber immer folgte der wirtschaftlichen Expansion auch eine verfassungsrechtliche Ordnung. Der Niederlassung der Kaufmannskontore in den Städten jenseits der Oder folgten dann irgendwann entsprechende Stadtrechte. Auch Europa braucht eine Verfassung, wenn es nicht mehr sein soll als nur ein Begriff für die Börse.